



**Elisabeth Hermine Bardenheuer, gen. Rita  
geb. Hoffmeister. geb. am 5.6.1877**

verlebte ihre Kindheit mit ihren beiden Schwestern und ihren Eltern, dem Werkmeister Hinrich Hoffmeister und Sophie geb. Neynabe, in der Neustadt. Ab 1883 besuchte sie die Höhere Mädchenschule, danach das Lehrerinnenseminar von A.M. Janson. Ihre ersten Jahre als Lehrerin unterrichtete sie in Bergedorf bei Hamburg in einer Höheren Mädchenschule.

Im Oktober 1900 heiratete sie - bereits schwanger - den Kaufmann Gustav Bardenheuer. Ihr erster Sohn wurde 1901 geboren, ein weiterer 1902 und 1907 gebar sie noch eine Tochter. Die Familie wohnte in der Franziusstraße 19. Sie brach ihre Lehrerinnentätigkeit ab und widmete sich vor allem auch ihrer Tochter, die an Rachitis litt und von ihr zu Hause unterrichtet wurde. Sie hielt aber offenbar weiterhin Kontakt zu

reforminteressierten Pädagogen. Die Familie Bardenheuer hatte u.a. Kontakte zum sozialdemokratischen Reformpädagogen Sonnemann, der wegen "politischer Agitation" nach einem Disziplinarverfahren im Jahr 1913 seine Lehrertätigkeit aufgeben musste. Sonnemann setzte sich für eine religionsfreie Schule ein, eine Auffassung, die auch Rita Bardenheuer teilte. Sie und ihr Mann traten 1914 aus der Kirche aus.

Nach dem Ausscheiden aus dem Schuldienst begann sie, sich politisch zu engagieren. Sie schloss sich dem „Bremer Verein für Frauenstimmrecht“ an, der sich 1904 nach einem Vortrag von Luise Zietz auf Anregung des Deutschen Frauenstimmrechtsvereins gegründet hatte. Zu den Gründerinnen gehörten Auguste Kirchhoff, Dora Behrmann und Margarete Kotzenberg, Magda Böttger, Josephine Heidelberg, Anna Runge, geleitet wurde er von Luise Koch. Der Verein setzte sich zunächst für die Veränderung des kirchlichen Wahlrechts ein. Er galt als einer der erfolgreichsten Vereine und im Jahr 1910 hatte er 360 Mitglieder.

In ihrem Buch "Woher und Wohin", das sie 1918 veröffentlichte, sagte sie über die Motive des Engagements für das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen: "Dieses Wahlrecht muss einer Frau, die die Besserung der rechtlichen Lage ihres Geschlechts, nicht der Frauen einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse erstrebt, als das einzig mögliche und einzig logische erscheinen"<sup>1</sup>

Sie grenzte sich so deutlich von Forderungen nach einem ständischen Wahlrecht ab. Im Frauenstimmrechtsverein arbeitete sie eng mit Auguste Kirchhoff zusammen, mit der sie auch befreundet war, und durch sie begann sie sich auch für den Mutterschutz und eine Sexualreform einzusetzen. Als am 11.11.1909 in Bremen eine Ortsgruppe des „Bundes für Mutterschutz und Sexualreform“ gegründet wurde, gehörte sie zu den Mitgründerinnen. Vorsitzende wurde Adèle Schmitz, die diese Funktion bis 1924 innehatte und sie dann an Rita Bardenheuer übergab.<sup>2</sup> Zu den Zielen des Bundes heißt es in der Satzung: „Zweck des Bundes ist es, die Stellung der Frau als Mutter in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu verbessern, insbesondere unverheiratete Mütter und deren Kinder vor wirtschaftlicher und sittlicher Gefährdung zu bewahren und herrschende Vorurteile gegen sie zu beseitigen...“

Als sich 1913 der Deutsche Bund für Frauenstimmrecht aufgrund unterschiedlicher Auffassungen zum Wahlrecht spaltete, trat Rita Bardenheuer, wie auch die Mehrheit der Bremer Ortsgruppe dem im Januar 1914 in Hamburg gegründeten neuen Deutschen Frauenstimmrechtsbund bei, der sich für das allgemeine und gleiche Wahlrecht einsetzte. (u.a. auch Auguste Kirchhoff, Dora Behrmann, Margarete Kotzenberg.)<sup>3</sup> In Bremen entstand am 29. Januar 1914 eine Ortsgruppe des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes, dessen Vorsitzende Rita Bardenheuer bis 1919 war. Sie organisierte zahlreiche Vorträge: Am 17. April 1914 sprach sie selbst zum Thema „Aufgaben der Sozialpolitik“. Sie forderte die Schaffung eines einheitlichen modernen Arbeitsrechtes für Männer und Frauen, das u.a. das Koalitionsrecht, Versicherungs- und Kündigungsschutzrechte und ein Recht auf Erholungsurlaub

enthalten müsse. Obwohl sie das Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit forderte, setzte sie sich angesichts der realen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern für kürzere Arbeitszeiten für Frauen, höhere Männerlöhne, preiswerte Lebensmittel und eine Mutterschaftsversicherung ein, damit Frauen ihren Aufgaben als Hausfrau und Mutter gerecht werden können. Auch forderte sie eine Einheitsschule mit einer sich anschließenden Berufsbildungsschule ein.<sup>4</sup>

Sie scheute sich auch nicht, sich öffentlich mit Gegnern des Stimmrechts auseinander zu setzen. So widerlegte sie in einem mit „R.B.“ gezeichneten sog. Sprechartikel in den Bremer Nachrichten vom 7. Juli 1911 die Behauptung des Vertreters der am 28. Januar 1914 gegründeten Ortsgruppe Bremen des Deutschen Bundes gegen Frauenemanzipation, Dr. jur. Emil Kuhlmann, kein Jurist würde die Forderung der Frauen unterstützen, in dem sie darauf hinwies, dass eine große Anzahl namhafter Juristen für das Frauenstimmrecht und für eine Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches zugunsten der Frau einträten.<sup>5</sup>

Als am 1. August 1914 der 1. Weltkrieg begann, gründete sich am 2. August 1914 im Bremer Rathaus der „Zentral- Hilfsausschuß des Roten Kreuzes“, der alle Vereine aufforderte, mitzuwirken, um die vielfältigen Probleme zu lösen. Obwohl viele Frauen und auch fortschrittliche Frauenvereinigungen den Krieg ablehnten, fühlten sie sich dennoch aufgerufen, mitzuwirken. Diesem Aufruf folgten auch der Frauenstimmrechtsverein und der Bremer Bund für Mutterschutz, obwohl viele der Frauen beider Organisationen nicht eben „vaterländisch“ gesinnt waren. Rita Bardenheuer arbeitete in den Abteilungen Volksernährung und Krankenpflege mit. Sie war zuständig für den Bezirk Walle-Gröpelingen und dort vor allem lernte sie das Elend der Jutearbeiterinnen kennen.

1915 hielt sie in verschiedenen Stadtteilen Vorträge zur politischen Situation. Außerdem engagierte sie sich wie ihre Freundin Auguste Kirchhoff nach wie vor in der Friedensbewegung. Auguste Kirchhoff (Vorsitzende des Bundes für Frauenstimmrecht) und Adèle Schmitz, (Vorsitzende der Bremer Gruppe des Bundes für Mutterschutz) nahmen 1915 an der Haager Frauenkonferenz für Frieden teil. Diese bezeichnete es als Lüge, dass Soldaten im Feld Frauen und Kinder verteidigten. Sie machten vielmehr darauf aufmerksam, dass Frauen und Kinder vor allem Opfer des Krieges waren: Sie litten Hunger, sie mussten erleben, wie ihre Häuser geplündert oder zerstört würden, wie sie vergewaltigt wurden. In der Erklärung hieß es, dass Kriege nicht dem Volk oder der Nation dienen, sondern den Eroberungs- und Wirtschaftsinteressen. Sie forderten die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und internationale Kontrolle des Waffenhandels, und sie wandten sich gegen Annexionsgelüste:

Als am 12.3.1915 ein Bericht von Auguste Kirchhoff in den Bremer Nachrichten erschien, brachte ihr dieser in der Folgezeit starke Anfeindungen ein: Initiiert von Lissy Susemihl und von zahlreichen Frauen unterzeichnet, erschien am 28. Mai 1915 in den Bremer Nachrichten eine öffentliche Missbilligung, die die Teilnehmerinnen der Konferenz als „Vaterlandsverräterinnen mit einem absoluten Mangel an patriotischer Gesinnung“ diffamierte. Jede weitere Publikation der Haager Ideen wurde durch die Militärbehörden verboten. Diese öffentliche Missbilligung beirrte jedoch die beiden Kriegsgegnerinnen und Verfechterinnen des Stimmrechts für Frauen nicht. Beide sperrten ihre Beiträge für das Rote Kreuz.

Auch Rita Bardenheuer gehörte zu den Kriegsgegnerinnen und war Schmähungen ausgesetzt. Dennoch formulierte der Bund für Mutterschutz und Sexualreform in seinem Jahresbericht 1917 Kritik am Krieg: „Solange nur Programmreden gehalten werden, die hüben und drüben dem Ehrgeiz und Selbstzwecken dienen, so lange Vereine, Zeitungen und Parteien, welche die Liebe zum Vaterland allein gepachtet zu haben meinen- nur auf restlosen Sieg aufgebaute Kriegsziele verfolgen, so lange wird Hass gesät und muss Hass geerntet werden. Aber die Zahl derjenigen, die es müde sind, aneinander vorbei zu reden, wird täglich grösser, der Kern der Vernunft und Erkenntnis – auch dem Feinde gegenüber – nimmt in allen Ländern an Umfang zu, und es hiesse alle Ideale verläugnen, wenn man an dem Sieg der Menschheitsidee über die Gewalt verzweifeln wollte.“<sup>6</sup>

Sie ließ sich nicht beirren, sich auch weiterhin für das Frauenstimmrecht und soziale Fragen einzusetzen: 1916/17 sprach Rita Bardenheuer in fünf Vorträgen zur Geschichte der Frauenbewegung. Sie äußerte sich kritisch über die sozialen Verhältnisse und warb darum, sich der radikalen Frauenbewegung anzuschließen. In einem Vortrag setzte sie sich für ein modernes Arbeitsrecht mit Kündigungsschutz, Koalitionsfreiheit, Mutterschutz und Erholungsurlaub für beide Geschlechter ein.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene setzte sich 1917 der Frauenstimmrechtsbund für die Aufnahme des Wahlrechts für Frauen ein. Der Deutsche Stimmrechtsbund machte im April 1917 eine Eingabe beim neugeschaffenen Verfassungsausschuss in Berlin und die Bremer Gruppe wandte sich mit einer Petition an die Bürgerschaft, die von Rita Bardenheuer unterzeichnet war. Sie lautete: „Der unterzeichnete Verein richtet an die Mitglieder der Bürgerschaft anlässlich des Antrages Hormann eine Deputation einzusetzen, die Vorschläge zu einer zeitgemäßen Umarbeitung der bremischen Verfassung, vor allem eine Vorlage zur Neuordnung des Wahlrechtes zur Bürgerschaft machen soll, folgendes Gesuch:

„Die bremische Bürgerschaft möge beschließen, in ihre Beratung die Ausdehnung des Wahlrechts auch b e i d e Geschlechter einzubeziehen und in der neuen Vorlage ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht unter Anwendung des proportionalen Wahlsystems auch für die Frauen vorzusehen.

Begründung:

Mehr denn je werden nach Friedensschluß - gleichviel welchen Ausgang - das ungeheure Völkerringen nimmt, Aufgaben an den Staat herantreten, die Anspannung seiner höchsten Kraft fordern. Höchste Kraftentfaltung aber bedingt freudige Mitarbeit aller Volksgenossen, gleichviel welchen Standes, welchen Geschlechts; das haben die Erfahrungen dieses Krieges zur Genüge bewiesen. Ohne die tätige Teilnahme des ganzen Volkes scheint ein Wiederaufbau nach dem furchtbaren Vernichtungswerk der letzten Jahre undenkbar.

Je mehr Hände sich ihm zu tatkräftiger Hilfe darbieten, je reicher und vielseitiger die Erfahrungen, die ihm zufließen, je weiter die Schichten, auf deren verantwortliche Mitarbeit er sich stützen kann, um so besser für den Staat. Um so eher werden geschlagenen Wunden heilen, um so eher wird eine Gesundung des Wirtschaftslebens einsetzen, wird vor allem ein neuer Kulturaufstieg möglich sein. Zum Volke gehören aber auch die Frauen, die Hausfrauen, die Mütter, die erwerbstätigen Frauen. Durch den gewollten, bewussten Verzicht auf die Beteiligung der Frauen am Staatsleben hat der Staat bisher Kraftquellen in seinem Innern brach liegen lassen, die dem Wohle der Allgemeinheit als lebendiger Strom hätten zufließen können.

Der Krieg hat klar und deutlich bewiesen, wie sehr in Zeiten der Not der Staat auf die Mitarbeit seiner Frauen angewiesen ist, und andererseits gezeigt, wie stark das Gefühl der Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft in den Frauen lebt. Diese doppelte Erkenntnis, die von offizieller Seite mehr als einmal in anerkennenden Worten über die Leistung der Frauen Ausdruck fand, sollte dahin führen, auch diese bisher ungenutzten Kräfte dem Wohle des Ganzen dienstbar zu machen, damit ein neues Volk mit neuer Kraft sich seiner Aufgabe gewachsen zeigt.“<sup>7</sup>

Die Bürgerschaft lehnte dieses Ansinnen ab. Darauf reagierte der „Bremer Frauenstimmrechtsverein“ anlässlich eines Vortrages 27.4.1917 von Adèle Schmitz zum Thema „Frauenstimmrecht, eine Forderung der Gegenwart“, mit einer Erklärung: „Die heutige, vom Deutschen Frauenstimmrechtsbund, Ortgruppe Bremen einberufene öffentliche Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, dass die Bremische Bürgerschaft es abgelehnt hat, die vom Frauenstimmrechtsbund bei ihr eingereichte Petition an die Verfassungsdeputation zu überweisen. Die Versammlung hofft, dass sich die Verfassungsdeputation der schweren Verantwortung gegenüber der Zukunft unseres Staatslebens bewußt ist und gesetzliche Maßnahmen vorschlägt, die allen Frauen politische Gleichberechtigung mit den Männern sichert.“<sup>8</sup>

Offenbar reagierte man immer noch nicht, denn am 28.10.1917 wandte sich Rita Bardenheuer nochmals in bemerkenswert sanften Worten an die Bürgerschaft und verwies darauf, dass die Demokratisierung Deutschlands ohne staatsbürgerliche Rechte für Frauen nicht denkbar sei und ersuchte um die Gewährung der Rechte. Dem Gesuch, den Antrag dieses Mal an den Verfassungsgebenden Ausschuss weiterzuleiten, wurde zwar stattgegeben, aber das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht wurde am 6.11.1918 nur den Männern gewährt. Auf einer Frauenversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates am 10. November 1919, zu dem auch der Frauenstimmrechtsbund seine Anhängerinnen aufgerufen hatte und 2.000 Frauen dem Aufruf gefolgt waren, stellte sie sich als Vertreterin der linksbürgerlichen Frauenbewegung vor und kritisierte den Wankelmut von Leuten „die noch vor wenigen Wochen das Frauenwahlrecht verdonnerten [und sich] jetzt plötzlich als dessen Anhänger ausgeben“<sup>9</sup> Die Kritik richtete sich gegen Alfred Henkel, der nur wenige Tage nach der Versammlung für eine Verschiebung der Gewährung dieses Rechtes plädierte, bis man endgültig gesiegt habe. Am 11. November schließlich wurde den Frauen dieses Recht gewährt.

Rita Bardenheuer trat 1919 der Sozialdemokratischen Partei bei - ein Schritt, der ihren Mann keineswegs begeisterte. Die Firma Melchers & Co., für die er 25 Jahre gearbeitet hatte, stellte ihn ihretwegen nach dem Kriege nicht mehr ein und er machte sich selbstständig.

In dem Streit um die Parteilinie vertrat Rita Bardenheuer die Position der Mehrheitssozialisten. Im Laufe des Jahres hielt sie zahlreiche Vorträge, um vor allen die Frauen für die Wahlen zu mobilisieren. Sie sprach beim Verband für weibliche Angestellte und auf einer öffentlichen Frauenversammlung. Gemeinsam mit Auguste Kirchhoff fuhr sie auch nach Worpsswede um Frauen zum wählen zu bewegen.

Im Frühjahr kandidierte zur Nationalversammlung auf Platz 18 der Liste. Am 9.3.1919 zog sie als eine von 18 Frauen als Abgeordnete in die Nationalversammlung ein und wurde sogleich zu deren Schriftführerin gewählt. Weitere Ämter und Aufgaben wurden ihr nun angetragen. „Bei den Vorstandswahlen auf der außerordentlichen Generalversammlung des sozialdemokratischen Parteivereins am 24. März 1919 wählte man sie zur zweiten Vorsitzenden Sie legte dieses Amt am 1. September aber wegen Arbeitsüberlastung nieder“<sup>10</sup>. Sie warb offensiv für die Mitgliedschaft von Frauen in der SPD. Am 28. November 1919 hielt sie in Vegesack einen Vortrag zum Thema „die sozialdemokratische Frau und der Parteikampf“ und argumentierte, auch wenn man sich vielleicht der Parteidisziplin unterwerfen müsse, könne man doch nur in einer größeren Organisation gemeinsam seine Ideale durchsetzen. Es wäre nichts damit geholfen, wenn durch das Stimmrecht der Frau die Anzahl der abgegebenen Stimmen verdoppelt würde. Nein, die Frau hat die Verpflichtung, dem politischen Leben einen neuen Stempel aufzudrücken, es mit neuem Geist zu erfüllen; sie hat das Innerliche, Frauenhafte, Menschliche in der Partei ganz besonders zu betonen zum Wohle ihrer Mitmenschen; ihr Gebiet ist vornehmlich das Soziale, Erzieherische.“<sup>11</sup>

Für die Bürgerschaft 1920 kandidierte sie auf Platz 2 der Liste der MSPD und wurde dann nach der Wahl sogleich in zahlreichen Ausschüsse (Ausschuss den Religionsunterricht betreffend, Kommission wegen der Einheitsschule und in die Kommission wegen Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes) gewählt und war auch in der Schuldeputation tätig. In der Nationalversammlung bzw. Bürgerschaft sprach sie 1919 und 1920 achtunddreißig mal. Sie äußerte sich vor allem zu Frauenfragen und Problemen der Wohlfahrt und der Erziehung.

Im Dezember 1919 kam es in der Nationalversammlung anlässlich des Berichts des Gerichtsarztes Dr. Hahn über junge Frauen, die geschlechtskrank waren und in einer geschlossenen Einrichtung untergebracht und daraus entwichen waren, zu einer vehementen Kritik am Bericht, in dem vor allem die Sorge über eine mögliche Infizierung der Männer ausgedrückt wurde. Rita Bardenheuer betonte, dass es zuallererst um die Heilung der Mädchen gehen müsse, und sie fragte „Welche männliche Mitwelt kommt denn in Gefahr? Doch nur diejenige, die diese Mädchen als Freiwild betrachtet, sie benutzt wie eine Sache, um sie dann wegzuworfen....Die wegwerfende Art, in der dann nachher im zweiten Absatz von den `Weibern` die Rede ist, möchte ich noch mal unterstreichen.“<sup>12</sup> Sie forderte für zukünftige Berichte eine andere, weniger despektierliche Berichterstattung und unterstützte den Antrag von Verena Rodewalds, zügig auf dem Gelände der Krankenanstalt eine Baracke zu bauen, in der die ersterkrankten Frauen behandelt werden können.

1919 forderte sie die Einrichtung von Fortbildungskursen für erwerbslose junge Frauen und ebenso vehement trat sie 1920 für eine Hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule ein, die junge Frauen nach Durchlaufen der allgemeinen Schulbildung für Aufgaben im Haushalt und der Erziehung von Kindern qualifizieren sollte – auch mit dem Ziel, Verwahrlosungstendenzen entgegenzuwirken. Als im selben Jahr die Vertretungslehrerinnen zunächst keinen festen Vertrag erhalten sollten, setzte sie sich entschieden für deren Festanstellung ein

Ein Schwerpunkt ihres Engagements war die Reorganisation des Wohlfahrtswesens. In einer vom Senat eingesetzten Kommission, die Vorschläge für die Reorganisation der Armenpflege ausarbeiten sollte, waren es vor allem die Frauen dieser Kommission unter maßgeblicher Beteiligung Rita Bardenheuers, die Anregungen für das Konzept einbrachten. Sie kritisierte die herablassende Behandlung von Frauen in den Ämtern, forderte die Einstellung auch von Frauen in diesem Bereich und Sprechzeiten, die nicht den Verlust eines Tagesverdienstes zur Folge hatten, wenn man bestellt war. Das bisher existierende Armenamt sollte durch ein Fürsorgeamt ersetzt, ein Jugendamt und ein Gesundheitsamt sollten eingerichtet werden. Außerdem forderten die Frauen die Einrichtung eines Pflegeamtes, das sich um verwahrloste Jugendliche, insbesondere auch Prostituierte kümmern sollte.

Damit verfolgten sie die Absicht, Prostituierte der alleinigen Macht der Polizei zu entziehen. In der Bürgerschaftssitzung vom 12.12.1920 berichtete sie von einem Besuch der Helenenstraße: „...Aber wer einmal gesehen hat, wie ich....wie die Mädchen gebadet, frisiert, und zurecht gemacht werden, um nun von den Männern wie ein Gegenstand gebraucht zuwerden, den muß der Abscheu schütteln, dass sogar der Staat zu solchen Dingen seine Mitwirkung gibt.....Wir wollen ein Pflegeamt, das die Prostitution mit anderen als mit den alten Mitteln bekämpfen will.“<sup>13</sup> Dazu gehörte ihrer Meinung nach auch nicht nur die gesundheitliche Kontrolle der Frauen sondern auch die der Männer.

„Eine Woche vor der entscheidenden Bürgerschaftsversammlung, in der über beides beraten werden und abgestimmt werden sollte, luden der Bremer Bund für Mutterschutz, die Abolitionistische Föderation und der Verein Mütter- und Säuglingsheime alle Bürgerschaftsabgeordneten zu einem Vortragsabend ein... Außer einigen der weiblichen Bürgerschaftsabgeordneten war keine der männlichen Volksvertreter erschienen.“

Jedoch erst 1924 gelang es den Frauen, ein Pflegeamt nach ihren Vorstellungen durchzusetzen, in dessen beide Räume der Bund für Mutterschutz auch eine Beratungsstelle einrichten konnte, in die die #Erfahrungen des Beratungsstelle, die der Bund aus eigener Initiative schon 1907 im Guttempler-Logenhaus eingerichtet hatte.

Ende 1920 informierte sie dem Bürgerschaftspräsidenten Richard Dunkel über ihren Entschluss, aus der Bürgerschaft auszuschneiden und bereits am 14. Januar 1921 legte sie aufgrund der Auseinandersetzungen um den politischen Kurs innerhalb der MSPD ihr Bürgerschaftsmandat nieder. Im Bremer Volksblatt hieß es am 12. Januar 1921 dazu: ‚Bürgerschaft und Fraktion verlieren an Frau Bardenheuer eine außerordentlich tüchtige Arbeitskraft, was wir lebhaft bedauern.“<sup>15</sup> Der Vorstand der Bürgerschaft schlug sie jedoch für die ehrenamtliche Funktion als Mitglied im Fürsorgerat vor, und als dieser aufgelöst wurde, weil das Wohlfahrtsamt eingerichtet worden war, arbeite sie auch hier bis 1926 in verschiedenen Ausschüssen, vor allem in denen Angelegenheiten von Frauen und Kindern behandelt wurden, mit.

Da ihr Mann, der nun selbständiger Kaufmann war, mehr und mehr Schwierigkeiten bekam, trat sie 1922 auch aus der SPD aus. Grund dafür waren auch die parteiinternen Auseinandersetzungen und die Absicht, sie zur Schulsenatorin zu machen.

Damit hörte jedoch keineswegs ihr gesellschaftspolitisches Engagement auf, denn sie engagierte sich in der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit (IFFF), die sie wohl durch Auguste Kirchoff kennen gelernt hatte, die 1915 an der Haager Frauen-Friedens-Konferenz teilgenommen hatte. Sie war von Lyda Gustava Heymann und Anita Augspurg, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur IFFF Deutschland hatten verlassen müssen, maßgeblich mit organisiert worden. Die Ideen und Ziele der Liga scheinen auch Auguste Kirchoff und Rita Bardenheuer inspiriert zu haben, denn nach Kriegsende gründeten sie die Bremer Ortgruppe und beide leiteten sie. Bis 1925 war Rita Bardenheuer zweite Vorsitzende. Die IFFF setzte sich nicht nur für eine allgemeine Abrüstung ein, sondern machte auch die soziale, politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle, ohne Unterschied von Geschlecht, Rasse, Stand und Glaubensbekenntnis, zur unabdingbaren Forderung. 1924 hielt Auguste Kirchoff im Rahmen einer Veranstaltung der IFFF einen Vortrag zum Thema Antisemitismus, der in der Weimarer Zeit immer stärker wurde. Sie musste unter starkem Polizeischutz stattfinden, da es wiederholt bei den Veranstaltungen der Liga zu Tumulten gekommen war.

Vom 4. bis 6. Januar 1929 hielt die IFFF in Frankfurt am Main einen Internationalen Kongress ab zum Thema „Die modernen Kriegsmethoden und der Schutz der Zivilbevölkerung“. In der vom Kongress verabschiedeten Resolution heißt es: „Die von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltete Konferenz zum Studium der modernen Kriegsmethoden und des Schutzes der Zivilbevölkerung, die vom 4. bis 6. Januar in Frankfurt a. M. tagte, ist nach Entgegennahme von unwiderleglichen Zeugnissen von Sachverständigen, Wissenschaftlern und Technikern, deren Wert und wissenschaftliche Ehrlichkeit außer aller Frage steht, zur Gewißheit gelangt,

1. daß es keine wirksamen Schutzmaßnahmen gegen die Zerstörungsmittel gibt, die die Wissenschaft in den Dienst des Krieges stellt,
2. daß die Abmachungen zwischen den Regierungen, die auf das Verbot dieser Mittel hinzielen, keinerlei Sicherheit bieten, da ja die Staaten ihre moralischen Verpflichtungen dadurch verletzen, daß sie das für diese Kriegsform nötige Material herstellen lassen,

3. daß ein neuer Krieg, der seine Verheerungen auf die Zivilbevölkerung ausdehnen würde, ein Krieg der gegenseitigen Vernichtung der Völker wäre und den Untergang der Zivilisation bedeuten könnte.

In der Überzeugung, daß es infolge dieser neuen Kriegsmethoden überhaupt keine Möglichkeit mehr gibt, die Sicherheit der Staaten zu gewährleisten, daß der Rüstungswettkampf alle Länder zugleich dem Ruin entgegenführt.<sup>16</sup>

Im gleichen Jahr fand in Prag der Kongress der deutschen Friedensbewegung statt, der sich mit der Kriegsgefahr in Europa auseinander setzte. Auguste Kirchhoff berichtete über den Kongress in der Bremer Gruppe.

Von 1924 bis 1932 war Rita Bardenheuer Vorsitzende des Bund für Mutterschutz, und Sexualreform Ortsgruppe Bremen. Sie konnte sich in ihrer Vereinstätigkeit weiterhin in den verschiedenen sozialpolitischen Feldern, für die sie sich schon in der Bürgerschaft engagiert hatte, einsetzen. Ein wesentliches Ziel des Bundes war sein Einsatz „für die Veränderung der sexuellen Beziehungen .., die „reiner und wahrer“ werden sollten und „beide Geschlechter bezüglich ihres Sexuallebens gleichberechtigt nebeneinander stellen und eine neue Generation heranbilden helfen, die ohne Heuchelei ihrer sexuellen Triebe als berechtigten Teil Ihre Wesens anerkennt, sie unter ernste, eigene Verantwortung stellt.“<sup>16</sup> Auch forderte der Bund den Abbau der Vorurteile gegen ledige Mütter und nichteheliche Kinder sowie die Verbesserung ihrer rechtlichen und sozialen Lage. Sie wirkte jedoch nicht nur auf lokaler Ebene, sondern gehörte wie Auguste Kirchhoff auch der Redaktion der Zeitung des Bundes für Mutterschutz und Sexualreform an und sie nahm auch an verschiedenen nationalen und internationalen Kongressen zum Thema Sexualreform teil (Berlin, Kopenhagen).

Von 1925 – 1927 und auch 1930 war sie Vertreterin der Frauenvereine im Ausschuss für nichtstaatliches und kommunales Fachschulwesen, hier insbesondere Vertreterin der Schulen des Frauen- Erwerbs- und Ausbildungsvereins, der nach dem 1. Weltkrieg die Allgemeine Frauenschule, eine einfache und eine Höhere Handelsschule, das sozialpädagogische Seminar für Kindergärtnerinnen und –Pflegeschule und ein Gewerbelehrerinnenseminar betrieb.

1928 veranstaltete der Bund gemeinsam mit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit eine Versammlung im Vorfeld der Reichstagswahl, auf der Rita Bardenheuer zum Thema „Was muss eine sozial empfindende Frau vom neuen Reichstags fordern?“ sprach. Sie führte aus, dies müsse „Wohnungsbau, Förderung des Siedlungswesens, Gesundheitsfürsorge, Kinderspeisung, Einheitlichkeit des Schulwesens und gleiche Entlohnung bei gleicher Leistung für beide Geschlechter“<sup>17</sup> sein – Forderungen von einer bemerkenswerten Aktualität.

Der Bund beteiligte sich an den internationalen Diskussionen zur Sexualreform und der Reform des Ehe- und Scheidungsgesetzes und plante die Gründung einer Rechtsschutzstelle für Frauen, die die Arbeit der bereits im Jahre 1907 eingerichteten Beratungsstelle für Frauen des Bundes nun auf einer anderen Basis fortsetzen konnte. Sie wurde sehr stark in Anspruch genommen, insbesondere von schwangeren Frauen, die rechtliche Hilfe bei der Durchsetzung von Forderungen gegen die Väter ihrer Kinder benötigten und auch in Scheidungsfällen rechtlichen Rat brauchten.

Diskutiert wurde zu dieser Zeit jedoch auch schon bevölkerungspolitische Frage. So trat Rita Bardenheuer für eine Geburtenkontrolle auch mit dem Argument ein, dass damit zu viel Nachwuchs bei denen verhindert würden, die nicht in der Lage seien, die Kinder angemessen großzuziehen. Die Bevölkerungspolitik sollte der „Menschheitsveredelung“ dienen. Auch wurde über den Umgang mit Behinderten diskutiert. Der Oberarzt der Berliner Irrenanstalt Wuhlgarten hielt im Dezember 1928 einen Vortrag unter der Fragestellung „Dürfen wir Minderwertige unschädlich machen?“ und der Bund war keineswegs entsetzt, sondern diskutierte darüber, ob die Fürsorge für „Minderwertige“ nicht zu Lasten des gesunden Nachwuchses gehe.

Auch die Forderung nach Einstellung weiblicher Polizeibeamter wurde erhoben, weil es offenbar bei Verhören von Frauen zu sexistischen Bemerkungen und Annäherungsversuchen gekommen war. Die

Forderung nach Errichtung eines Wohnheimes für berufstätige Mütter mit Kindern konnten nicht durchgesetzt werden, und erst 1929 wurde die Ehe- und Sexualberatungsstelle beim Gesundheitsamt eingerichtet, in der Rita Bardenheuer mitarbeitete.

Mit der Machtübernahme der Nazis wurde Rita Bardenheuer gezwungen, sich in ihren Haushalt zurückzuziehen. Und man ließ sie spüren wie man zu ihr stand. Als sie 1933 einen Pass beantragte, wurde dies abgelehnt. Am 19. Mai gab der Bund für Mutterschutz und Sexualreform seine Arbeit auf, weil diese unter der Diktatur nicht mehr möglich war. Ihre enge Freundschaft zu Auguste Kirchhoff, die nach dem Tod ihres Mannes journalistisch sehr aktiv war und die zahlreiche Vorträge zur Friedensfrage und dem wachsenden Faschismus hielt, war sie weiterhin eng befreundet.

Mit nur 66 Jahren verstarb sie am 15.2.1943 an einem Gehirnschlag.

In Bremen ist seit 1959 eine Straße nach ihr in Schwachhausen benannt.

## **Edith Laudowicz,**

### **Quellen:**

1. Bardenheuer, Rita; Woher und Wohin. Geschichtliches und Grundsätzliches aus der Frauenbewegung, Leipzig 1918, S. 98, zit.- in: König, Johann-Günter: Die streitbaren Bremerinnen, Bremen 1981, S. 220. hier auch ein langer Aufsatz zu R.B., S. 217-276, S.267
  2. vergl.: Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Weibliche Kultur und soziale Arbeit, Eine Geschichte der Frauenbewegung am Beispiel Bremen 1810 - 1927, Bremen 1989, S. 335 ff.
  3. ebda.
  4. vergl. Bachmann, Elfriede, Rita Bardenheuer 1877 – 1943, Jahrbuch der Wittheit zu Bremen, Bd. XVI, S. 203- 225
  5. Bachmann, S. 206
  6. Jahresbericht 1917 des Bundes für Mutterschutz und Sexualreform
  7. zit. in Bachmann, S.207
  8. Bachmann, S.213
  9. Stuckmann, Dagmar, „Gebt Raum den Frauen“, 100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen, Wiesbaden 2011, S. 96, Zitat aus dem Versammlungsbericht der Bremer Bürger Zeitung 11.11.1918
  10. Verhandlungen der Bremischen Nationalversammlung 1919/1920 , Sitzung 19.12.1919 S. 1307
  11. Verhandlungen der Bremischen Nationalversammlung 1919/1920 , Sitzung 19.12.1919 S. 1307
  12. zit. in: König, Johann-Günther; Die streitbaren Bremerinnen, Bremen 1982, S. 269
  13. Protokoll der Bürgerschaftssitzung vom 12.12.1920
  14. Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Weibliche Kultur und soziale Arbeit., a.a.O. S. 341
  15. Bremer Volksblatt 12.1.1921
  15. Cyrus, Hannelore, Frei geboren, 100 Jahre Frauengeschichte, Bremen 1997, S. 343
  - 16..Kätzel, Ute: Es waren nur wenige, doch der Staat fühlte sich bedroht. Frauenfriedensbewegung von 1899 bis 1933. In: Praxis Geschichte, Heft 3/97, S. 9-13, Westerman Schulbuchverlag GmbH.
  17. Jahresbericht des Bundes für Mutterschutz und Sexualreform 1919,Stab 421-272,
  18. Jahresbericht des Bundes für Mutterschutz und Sexualreform 1928, StaB
  19. Jahresbericht des Bundes für Mutterschutz und Sexualreform 1928, StaB
- Literatur:
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth: Weibliche Kultur und soziale Arbeit - Eine Geschichte der Frauenbewegung am Beispiel Bremens 1810 1927
- Wottrich, Henriette, Auguste Kirchhoff – eine Biografie, Bremen 1990